

Künftige internationale Wanderungen und die räumliche Inzidenz von Integrationsaufgaben

Hansjörg Bucher
Martina Kocks
Claus Schlömer

Integrationsaufgabe als staatliche Selbstverpflichtung

Das von der Bundesregierung vorgelegte, verabschiedete und am 1.1.2003 in Kraft tretende Zuwanderungsgesetz definiert die Integration der dauerhaft „aufhältigen“ Ausländer in die Aufnahmegesellschaft ausdrücklich als eine politische Aufgabe und erstmals auch als gesetzlichen Auftrag. Die Bundesregierung folgt damit einer Empfehlung der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, die auch bereits konzeptionelle Vorschläge für eine Integrationspolitik gemacht hatte. Da eine solche Integrationspolitik bisher nicht systematisch oder gar umfassend stattfand, ergibt sich aus der Definition des neuen politischen Willens und den Integrationsdefiziten der bisher Zugewanderten einerseits ein Nachholbedarf an Integrationstätigkeit. Neue Zuwanderung nach Deutschland wird andererseits einen Neubedarf an Integrationsaufgaben erzeugen.

Dieser Beitrag geht der Frage nach,

- in welchem Umfang aufgrund künftiger Zuwanderung neue Integrationsaufgaben zu erwarten sind,
- wo in Deutschland diese Integrationsaufgaben mehr oder weniger stark anfallen werden und
- welche Personengruppen (nach der Herkunft) potenzielle Bedarfsträger für solche Integrationsleistungen sein könnten.

Für die Altersgruppen der Bildungsbevölkerung wird zudem geprüft,

- wie sich deren Integrationsbedarf in Kenntnis der bisherigen Wohnstandortwahl internationaler Zuwanderer räumlich verteilt.

Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages widmete in ihrem Abschlussbericht dem Bereich „Migration und Integration“ ein ganzes Kapitel. Sie will dort Integration verstanden wissen als „einen beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen“ (S. 108). Die beiden wesentlichen Prinzipien seien

□ die Einpassung und Einordnung der Zugewanderten in gesellschaftliche Handlungsmuster und

□ die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben (Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Zusammenfassung, S. 11).

Wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung dieser Teilhabe ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Diese und andere Fertigkeiten zu erlernen, sind die Migranten *gefordert*, während ihr gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Bildungssystem *gefördert* werden soll. Eine gute Schulbildung und eine solide Qualifikation sind wichtige Voraussetzungen für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Letztendlich soll mit allen Maßnahmen zur sozialen, kulturellen und politischen Integration den Zuwanderern die Möglichkeit geboten werden, ihren sozialen Aufstieg selbst und aus eigener Kraft zu bewerkstelligen. Dabei wird nicht verkannt, dass Integration ein Prozess ist, der sich über mehrere Generationen erstrecken kann.

Für die berufliche Qualifizierung der Migranten sind personelle und sachliche Infrastrukturkapazitäten bereitzustellen, die über das herkömmliche Bildungssystem hinausgehen. Hier rückt die räumliche Dimension der Integrationsaufgaben ins Blickfeld. Die Standorte solcher Einrichtungen sollten sich – unter Berücksichtigung von zumutbaren Erreichbarkeiten – an der räumlichen Verteilung ihrer Nutzer orientieren. Für eine qualifizierte Standortplanung solcher Einrichtungen ist es notwendig, die räumliche Verteilung des Neubedarfs zu kennen.

Wanderungsursachen

Um künftige Zuwanderungen zumindest grob abschätzen zu können, sollte man deren Motive genauer kennen. Es gibt die unterschiedlichsten Ursachen für Wanderungen. Sie können auf der persönlichen Ebene der Migranten angesiedelt sein, sie können aber auch auf allgemeine Rahmenbedingungen zurückgeführt werden, die eine Wanderungsentscheidung beeinflussen.

Der erklärte politische Wille zur Integration der Zuwanderer zieht vielfältige Aufgaben nach sich.

Dipl.-Volkswirt
Dr. Hansjörg Bucher
Dipl.-Geogr. Martina Kocks
Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail:
hansjoerg.bucher@bbr.bund.de
martina.kocks@bbr.bund.de

Dipl.-Geogr. Claus Schlömer
Brüsseler Straße 71
50672 Köln
E-Mail:
Schloemer.Beuth@t-online.de

Über die Außenwanderungen wird Deutschland immer stärker in die internationale Bevölkerungsdynamik eingebunden. Ökonomisches Gefälle ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für künftige Zuwanderungen.

Demographische Erklärungsversuche für Wanderungen werden bevorzugt mit Modellen unternommen. In einem sehr gebräuchlichen Ansatz, dem Gravitationsmodell, sind drei große Gruppen erklärender Variablen genannt:

- die Bevölkerungen der Herkunfts- und Zielländer;
- die Distanz zwischen Herkunfts- und Zielland;
- Push- und Pullfaktoren, die als Rahmenbedingungen im weitesten Sinne die Wanderungsentscheidungen beeinflussen.

Die *demographischen Ursachen* beziehen sich auf die Größe der Bevölkerung und deren inneren Aufbau. Zwischen großen Populationen bestehen in der Regel stärkere Wanderungsverflechtungen als zwischen kleinen Bevölkerungen. Wanderungen sind altersselektiv. Die jüngeren Erwerbspersonen weisen die höchste Mobilität auf. Zwischen dem Altersaufbau und der Wanderungsdynamik einer Bevölkerung besteht insofern ein enger Zusammenhang. Junge Bevölkerungen mit hohen Geburtenüberschüssen kennzeichnen typische Abwanderungsländer, zumal wenn die Arbeitsmärkte die nachwachsenden Gruppen nicht absorbieren können. Dies gilt vornehmlich für Länder der Dritten Welt. In den Industrieländern des Nordens ist die Bevölkerungsdynamik dagegen aufgrund niedriger Geburtenzahlen weitgehend verschwunden.

Je weiter zwei Länder voneinander entfernt sind, umso geringer sind in der Regel die Wanderungsströme zwischen beiden. Die *Distanz* steht in einem reziproken Verhältnis zur Wanderungshäufigkeit. Die Distanz kann geographisch gemessen werden oder als Erreichbarkeit in Abhängigkeit von Verkehrssystemen. Aber auch die soziale oder die kulturelle Distanz beeinflussen die Wanderungsneigung. Befinden sich im Zielland bereits Personen aus dem Herkunftsland und bilden diese ein Informationssystem, das den Migranten ein möglichst großes Wissen über die Situation im Zielland verschafft und dadurch den Zuzug erleichtert, dann werden die Distanzfaktoren an Bedeutung verlieren.

Wirtschaftliche Not und politische Vertreibung gelten auch heute noch als zentrale Motive für Außenwanderungen. Ökonomische und politische, neuerdings immer mehr auch ökologische Disparitäten bilden Pushfaktoren (die zum Fortziehen veranlassen) oder Pullfaktoren (die als Zuwande-

rungsanreize wirken). Unter den ökonomischen Gründen spielen Wohlstandsunterschiede, vor allem die Arbeitsmarktsituation mit Lohnniveau, Qualifikationsstruktur und Arbeitslosigkeit Anreize für die Faktormobilität der Arbeitskräfte. Die ökonomischen Ansätze zur Erklärung von Wanderungen betrachten den Umzug als eine Investitionsentscheidung, bei der die Wanderungskosten als Investition gegen gerechnet werden mit dem zusätzlichen Nutzen am neuen Wohnstandort.

Die Nutzensteigerung wird vor allem durch ein höheres Einkommen erreicht. Die neoklassische Wirtschaftstheorie führt – in der schlichten Ausführung ihres Erklärungsmodells der Faktormobilität – die Wanderungen auf regionale Unterschiede der Reallöhne zurück. Solche Modelle taugen relativ gut für die Erklärung von Wanderungen, sind jedoch weniger hilfreich für deren Vorhersage. Mit der Einbeziehung ökonomischer Tatbestände zur Erklärung internationaler Wanderungsbewegungen begibt man sich beim Versuch der Vorhersage auf schwieriges Terrain. Denn durch die Verwendung eines Erklärungsmodells verlagert man das Prognoseproblem auf das Feld der Ökonomie. Die Prognosefähigkeit der Wirtschaftsentwicklung ist bekanntermaßen weitaus geringer als die der demographischen Entwicklung. Eine Vorhersage wirtschaftlicher Entwicklungen soll hier deshalb gar nicht erst versucht werden. Dagegen liefern die Bevölkerung und deren innere Dynamik einige „harte“ Informationen, die für eine Abschätzung des künftigen internationalen Wanderungsgeschehens durchaus hilfreich sein können.

Das demographische Potenzial für Zuwanderungen nach Deutschland

Ökonomische Wanderungsmodelle unterstellen mehr oder weniger implizit, dass das Arbeitsangebot elastisch reagiert, dass mithin immer genügend Personen bereitstehen, um die ökonomisch induzierten Wanderungen auch durchzuführen. In Zeiten eines weltweit starken Fertilitätsrückgangs (vgl. Tab. 1) vor allem in der entwickelten Welt ist eine solche Annahme problematisch. Diesseits der künftigen ökonomischen Entwicklung hängt das Ausmaß der Wanderungen zwischen den Staaten nicht nur von der Größe der Populationen und vom Anteil der besonders mobilen Jahrgänge, sondern langfristig auch von der Dyna-

Tabelle 1
Weltweite Fertilitätsunterschiede
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (Total Fertility Rate)

	Vergangenheit				Zukunft
	Zeitraum		Veränderung 1960–95		Zeitraum
	1960–65	1990–95	absolut	in %	2015–20
Welt	4,97	3,01	-1,96	-39,4	2,44
<i>nach Kategorien:</i>					
am wenigsten entwickelte Regionen	6,72	5,74	-0,98	-14,6	4,23
weniger entwickelte Regionen	6,03	3,37	-2,66	-44,1	2,56
entwickelte Regionen	2,68	1,69	-0,99	-36,9	1,58
<i>nach Erdteilen:</i>					
Afrika	6,84	5,61	-1,23	-18,0	3,95
Asien	5,64	2,95	-2,69	-47,7	2,21
Südamerika	5,76	2,83	-2,93	-50,9	2,17
Nordamerika	3,34	2,02	-1,32	-39,5	1,90
Australien	3,41	1,90	-1,51	-44,3	1,81
Europa	2,58	1,58	-1,00	-38,8	1,40
<i>Großregionen:</i>					
Nordafrika	7,08	4,09	-2,99	-42,2	2,30
Osteuropa	2,43	1,60	-0,83	-34,2	1,32
Westeuropa	2,67	1,55	-1,12	-41,9	1,55
Südeuropa	2,71	1,40	-1,31	-48,3	1,37
<i>ausgewählte Länder:</i>					
Türkei	6,19	3,10	-3,09	-49,9	2,10
Jugoslawien	2,57	1,96	-0,61	-23,7	1,55
Deutschland	2,49	1,43	-1,06	-42,6	1,35

Quelle: United Nations World Population Prospects – The 2000 Revision; eigene Berechnungen

Die entwickelten Regionen der Welt stehen vor der ähnlichen Situation: niedrige Geburtenzahlen und Alterung. Langfristig werden Zuwanderungen aus den demographisch noch dynamischen Weltregionen außerhalb Europas kommen.

mik aufgrund der natürlichen Bewegungen – insbesondere der Geburten – ab. Hier sind Zukunftsinformationen gefragt, die genau diese demographischen Dimensionen abdecken. Solche Informationen gibt es bereits.¹

Woher könnten die künftigen Zuwanderer bevorzugt kommen?

Hinweise für eine Antwort liefern uns die oben erwähnten Push- und Pullfaktoren wie Distanz, ökonomisches Gefälle, demographische Dynamik, in Deutschland bereits lebende ethnische Gruppen, die Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen könnten. Als Fazit aus diesen Hinweisen schauen wir zwar auch auf zwei bisher bedeutsame Zuwanderungsländer: die Türkei und Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten. Wir konzentrieren uns aber auf zwei Ländergruppen: Osteuropa und außereuropäische Mittelmeeranrainerstaaten, für die der begründete Verdacht besteht, dass sich aus ihnen vermehrt künf-

tige Wanderungen nach Deutschland rekrutieren werden.

Nach Erdteilen unterteilt, stammen die meisten in Deutschland lebenden Ausländer (als Hilfsgröße für die bisherigen Wanderungen) aus Europa (81 %), gefolgt von Asien (knappe 12 %) und Afrika (gut 4 %). Das Distanzargument dürfte auch in Zukunft seine große Bedeutung behalten. Insofern wird ein hoher Anteil der Zuwanderungen weiterhin aus Europa kommen. Die geringen ökonomischen Disparitäten und die schwache demographische Dynamik sprechen allerdings gegen West- und Südeuropa.

Die beiden größten ethnischen Gruppen in Deutschland stammen aus der *Türkei* und aus *Jugoslawien* bzw. dessen Nachfolgestaaten. Knapp 2 Mio. oder ein gutes Drittel aller hier lebenden europäischen Ausländer sind Türken. Seit den späten 1960er Jahren nahm ihre Zahl stetig zu; seit 1998 ist sie allerdings leicht rückläufig. Aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen rd. 660 000 der

(1) Die Vereinten Nationen erstellen regelmäßig weltweit und auf nationaler Ebene Bevölkerungsprognosen in eigener Regie. Wir beziehen uns hier auf die im Jahr 2000 aktualisierte 17. Prognose, die sich ihrerseits auf die tatsächliche Entwicklung bis mindestens Mitte der 1990er Jahre stützt. Die Vereinten Nationen rechnen in ihren Prognosen mit jeweils drei Varianten, die sich in der Annahmensetzung zur künftigen Fertilität unterscheiden. Für die anderen Prognoseparameter wird immer ein und dieselbe Annahme getroffen.

Tabelle 2

In Deutschland lebende ausländische Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit am 31.12.2000
Anteile an der Gesamtzahl jeweils bezogen auf die Teilgruppen

	Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl	Bevölkerung der Heimatländer	Anteil hier lebender an der Heimatbevölkerung
		abs.	in %	in 1 000	in ‰
Rang	Erdteil				
1	Europa	5 857 791	81,1	645 287	9,1
2	Asien	841 738	11,7	3 672 342	0,2
3	Afrika	299 255	4,1	793 627	0,4
4	Amerika	213 285	3,0	832 922	0,3
5	Australien und Ozeanien	10 410	0,1	30 521	0,3
	nicht zuordenbar	74 338	1,0		
	insgesamt	7 222 479	100,0	5 974 698	1,2
Rang	nur Europa				
	insgesamt	5 857 791	100,0	645 287	9,1
	EU-Staaten	1 872 655	32,0	294 486	6,4
3	Italien	619 060	10,6	57 530	10,8
4	Griechenland	365 438	6,2	10 610	34,4
7	Österreich	187 742	3,2	8 080	23,2
9	Portugal	133 726	2,3	10 016	13,4
10	Spanien	129 471	2,2	39 910	3,2
12	Vereinigtes Königreich	115 353	2,0	59 415	1,9
13	Niederlande	110 786	1,9	15 864	7,0
14	Frankreich	110 173	1,9	59 238	1,9
23	Belgien	23 494	0,4	10 249	2,3
25	Dänemark	20 963	0,4	5 320	3,9
26	Schweden	18 875	0,3	8 842	2,1
28	Finnland	15 903	0,3	5 172	3,1
29	Irland	15 690	0,3	3 803	4,1
37	Luxemburg	5 981	0,1	437	13,7
	restliches Europa	3 985 136	68,0	350 801	11,4
	darunter:				
1	Türkei	1 998 534	34,1	66 668	30,0
2	Jugoslawien bzw. Nachfolgestaaten	662 495	11,3	10 552	62,8
	darunter weiterhin:				
	EU-Beitrittsländer	559 046	9,5	104 129	5,4
5	Polen	301 366	5,1	38 605	7,8
15	Rumänien	90 094	1,5	22 438	4,0
17	Ungarn	54 437	0,9	9 968	5,5
21	Bulgarien	34 359	0,6	7 949	4,3
22	Tschechische Republik	24 361	0,4	10 272	2,4
27	Slowenien	18 766	0,3	1 988	9,4
30	Slowakei	14 657	0,3	5 399	2,7
32	Litauen	9 442	0,2	3 696	2,6
35	Lettland	7 915	0,1	2 421	3,3
38	Estland	3 649	0,1	1 393	2,6
Rang	nur Afrika				
	Mittelmeeranrainer	138 016	46,1	142 802	1,0
1	Marokko	80 266	26,8	29 878	2,7
2	Tunesien	24 136	8,1	9 459	2,6
4	Algerien	16 798	5,6	30 291	0,6
8	Ägypten	14 025	4,7	67 884	0,2
20	Libyen	2 791	0,9	5 290	0,5
	restliches Afrika	161 239	53,9	3 529 540	0,05

Quellen: United Nations World Population Prospects – The 2000 Revision; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland; eigene Berechnungen

hier lebenden Ausländer. Gemessen an der Bevölkerung dort stellt diese Gruppe den bei weitem höchsten Anteil nach Deutschland ausgewanderter Menschen. In den frühen 1990er Jahren kam es durch Bürgerkriegsflüchtlinge zeitweilig zu starken Zuwanderungen (1992/93 etwa 812 000); ab 1996 kehrten viele wieder zurück, insbesondere nach Bosnien-Herzegowina. Der „Normalbestand“ dürfte fast wieder bestehen. Beide Gruppen, Türken und Jugoslawen, bilden allein schon durch ihre Größe ein hohes Potenzial für Wanderungen. Familiäre Beziehungen erhöhen den Anteil der Wanderungen, die nicht oder nur indirekt mit ökonomischen Gründen zusammenhängen.

Für *Osteuropa* als künftige Herkunftsregion sprechen das starke wirtschaftliche Gefälle gegenüber der EU und die bis zum Fall des Eisernen Vorhangs noch hohe Bevölkerungsdynamik. Schließlich wird für einige Staaten der Beitritt zur EU mit einer schrittweisen Freizügigkeit der Wohnortwahl innerhalb der EU einhergehen. Hier wird mit einem Anstieg der Zuwanderungen gerechnet. Die Beitrittsstaaten der EU-Osterweiterung sind vermutlich die wichtigsten Herkunftsländer für die Zuwanderungen der nächsten zwei Jahrzehnte. Bisher lebt allerdings nur eine größere polnische Bevölkerungsgruppe in Deutschland.

Mit abnehmender Bevölkerungsdynamik in Europa werden außereuropäische Zuwanderungen an Bedeutung gewinnen. Aufgrund der räumlichen Nähe, teils auch wegen der kulturellen Nähe zu ehemaligen Kolonialherren und jetzigen EU-Mitgliedern werden die *Mittelmeerränderstaaten im nördlichen Afrika* als bedeutsames Zuwanderungspotenzial gesehen. Die südeuropäischen Länder Spanien, Italien, Griechenland – lange Jahrzehnte Wanderungsverlierer gegenüber dem Norden – verbuchen bereits seit einigen Jahren Wanderungsgewinne gegenüber den Maghreb-Staaten. Die Mittelmeerränder werden deshalb ebenfalls näher bezüglich ihrer künftigen Bevölkerungsdynamik betrachtet.

Die demographische Situation in den Herkunftsländern

Es ist keineswegs überraschend, dass die Erwartungen über die künftigen Zuwanderungen weit auseinander gehen. Unstrittig scheint lediglich zu sein, dass mit der EU-

Osterweiterung aus jenen Ländern verstärkte Nettozuwanderungen zu erwarten sind. Wanderungsströme zeigen erfahrungsgemäß untereinander Wechselwirkungen. Ein Anstieg der Zuzüge aus Osteuropa könnte mit einer sinkenden Zuwanderung aus anderen Staaten (z. B. der Türkei) einhergehen. Partialanalysen für einzelne Länder oder Ländergruppen verleiten daher leicht zu voreiligen Schlüssen. Zudem wird sich in jenen Staaten der demographische Druck auf die Abwanderung recht verschieden entwickeln.

Die demographische Dimension des Wanderungsgeschehens umfasst in den Herkunftsländern die Bevölkerungsstruktur und die Bevölkerungsdynamik aufgrund der natürlichen Bewegungen. Ihnen gebührt vor allem für langfristige Überlegungen mehr Aufmerksamkeit gegenüber der ökonomischen Situation. Dabei wird schnell einsichtig, dass auf Dauer Osteuropa als Herkunftsregion für Zuwanderungen an Bedeutung verlieren muss, die Türkei aber nicht.

Im Folgenden beziehen wir uns auf die Prognosen der Vereinten Nationen. Dort wird – in Anlehnung an das Modell des demographischen Übergangs – angenommen, dass sich die Fertilität weltweit dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau annähern wird. Drei Prognosevarianten der UNO unterscheiden sich jeweils in der Dynamik der Annäherung an diesen kritischen Wert. Für alle Länder mit einem Fertilitätsregime unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus bedeutet diese globale Annahme, dass dort die Fertilitätsrate wieder ansteigen wird. Die mittlere Variante bedeutet beispielsweise für Deutschland, dass die Fertilität bis 2020 ganz geringfügig wieder ansteigt, was bei einer weiteren Normalisierung der Verhältnisse in den neuen Ländern und Konstanz im Westen auch erwartet werden darf.

Die osteuropäischen Länder hatten ihren Fertilitätsrückgang wesentlich später; er erreichte aber in toto ein ähnliches Niveau wie in Deutschland (vgl. Tab. 4). Ein Teil des Rückgangs ist – wie in den neuen Ländern – auf die Umbruchsituation der Transformationsphase zurückzuführen. Insofern ist ein Wiederanstieg der Fertilität nicht kategorisch auszuschließen. In den nordafrikanischen Staaten liegt das Fertilitätsniveau noch durchweg über dem kritischen Wert (Bestandserhaltung) von 2,1. Ein Absinken auf diesen Wert bis 2015/2020 ist eine eher

Kurz- bis mittelfristig wird der Großteil der Zuwanderer aus Osteuropa erwartet. Dort hat bereits ein starker Alterungsprozess eingesetzt, der das Zuwanderungspotenzial rasch dezimiert.

Die osteuropäischen Staaten haben seit dem Fall der Mauer ihre Bevölkerungsdynamik ...

„heroische“ Annahme, wiewohl seit den 1960er Jahren der Fertilitätsrückgang mit -42 % erheblich war und leicht über dem weltweiten Durchschnitt von -39 % lag (vgl. Tab. 1).

Die folgenden Überlegungen zur demographischen Dynamik stützen sich auf die mittlere Prognosevariante der Vereinten Nationen, sollten aber beachten, dass die Dynamik in den Maghreb-Staaten dabei eher noch unterschätzt wird.

Osteuropa

In den zehn osteuropäischen EU-Beitrittsländern lebten im Jahr 2000 ca. 104 Mio. Personen, davon allein fast 80 % in den vier Ländern Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn. All diese Staaten befinden sich in einer demographischen Umbruchphase.

Diese lässt sich durch die drei Komponenten Geburtenrückgang, Abwanderung und Alterung charakterisieren. Hiervon ist die Bevölkerungsdynamik besonders betroffen. Nur noch zwei Staaten – Polen und die Slowakei – hatten in den späten 1990er Jahren Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen, und auch dies nur aufgrund einer günstigen Altersstruktur. Als Aggregat verloren die Beitrittsländer zwischen 1995 und 2000 gut 1 % ihrer Bevölkerung. Da die Hauptursache dieses Schwundes – der Fertilitätsrückgang – zu einer exponentiellen Schrumpfung führt, wird sich die Abnahme langfristig sogar beschleunigen. Zwischen 2010 und 2050 rechnen die UNO-Prognostiker mit einer weiteren Abnahme um ein Sechstel, in einigen Ländern gar um ein Drittel oder mehr. Deutschland wird im Vergleich zum Aggregat der zehn Beitritts-

Tabelle 3
Demographische Dynamik ausgewählter Ländergruppen
Personen in 1000, relative Veränderungen in %

Land	Gesamtbevölkerung							15-24jährige Personen			
	Bestand				Veränderung in %			Bestand		Veränderung 2000/2010	
	1995	2000	2010	2050	1995/2000	2000/2010	2010/2050	2000	2010	als Differenz	in %
Osteuropäische EU-Beitrittsländer											
Polen	38 595	38 605	38 035	33 370	0,0	-1,5	-12,3	6 563	5 325	-1 238	-18,9
Rumänien	22 681	22 438	21 819	18 150	-1,1	-2,8	-16,8	3 613	2 946	-667	-18,5
Tschechien	10 331	10 272	10 138	8 429	-0,6	-1,3	-16,9	1 561	1 247	-314	-20,1
Ungarn	10 214	9 968	9 489	7 486	-2,4	-4,8	-21,1	1 465	1 196	-270	-18,4
Bulgarien	8 406	7 949	7 185	4 531	-5,4	-9,6	-36,9	1 161	905	-255	-22,0
Slowakei	5 364	5 399	5 430	4 674	0,7	0,6	-13,9	923	766	-158	-17,1
Litauen	3 715	3 696	3 594	2 989	-0,5	-2,8	-16,8	532	532	0	-0,1
Lettland	2 516	2 421	2 288	1 744	-3,8	-5,5	-23,8	346	327	-19	-5,5
Slowenien	1 990	1 988	1 955	1 527	-0,1	-1,7	-21,9	290	225	-65	-22,5
Estland	1 484	1 393	1 253	752	-6,1	-10,1	-40,0	209	169	-40	-19,0
Summe	105 296	104 129	101 186	83 652	-1,1	-2,8	-17,3	18 663	15 647	-3 016	-16,2
Südosteuropäische Länder (Auswahl)											
Türkei	61 493	66 668	75 145	98 818	8,4	12,7	31,5	13 534	12 775	-759	-5,6
Jugoslawien	10 547	10 552	10 404	9 030	-1,1	-2,8	-16,8	1 614	1 446	-168	-18,5
Afrikanische Mittelmeerländer											
Ägypten	61 991	67 884	79 260	113 840	9,5	16,8	43,6	13 780	15 852	2 072	15,0
Algerien	27 655	30 291	35 635	51 180	9,5	17,6	43,6	6 573	6 949	376	5,7
Marokko	27 213	29 878	35 324	50 361	9,8	18,2	42,6	6 155	6 641	486	7,9
Tunesien	8 943	9 459	10 629	14 076	5,8	12,4	32,4	1 996	1 945	-51	-2,5
Libyen	4 755	5 290	6 531	9 969	11,3	23,5	52,6	1 254	1 149	-104	-8,3
Summe	130 557	142 802	167 379	239 426	9,4	17,2	43,0	29 758	32 536	2 778	9,3
nachrichtlich:											
Deutschland	8 1661	82 017	81 353	70 805	0,4	-0,8	-13,0	9 104	9 356	252	2,8

Quelle: United Nations World Population Prospects – The 2000 Revision, Volume I: Comprehensive Tables, Table A.2. Demographic Profiles by Country or Area; eigene Berechnungen

staaten erheblich weniger Bevölkerung verlieren. Lediglich die Slowakei erwartet in etwa ähnliche, Polen als einziges Land geringere Schrumpfraten als Deutschland.

Für die besondere Dynamik Polens sind zwei Ursachen verantwortlich, ein Verhalteneffekt und ein Struktureffekt. In Polen ging die Fertilität zwar auch stark zurück, sie liegt aber mit einer durchschnittlichen Kinderzahl je Frau von knapp 1,5 noch deutlich über dem Durchschnitt von 1,35 für die Beitrittsländer. Der Struktureffekt hängt mit der früher hohen Fertilität zusammen. Polen hat eine relativ junge Bevölkerung. Nimmt man als Indikator dafür den Anteil der 15- bis unter 25jährigen an der Gesamtbevölkerung, dann zeigen Polen und die Slowakei Spitzenwerte um die 17 %, während im Durchschnitt aller Beitrittsländer knapp 16 % dieser Altersgruppe angehören. Deutschland hat diese Phase der Alterung längst hinter sich. Dort liegt der Anteil bei nur noch 11 %, wird sich aber im nächsten Jahrzehnt eher stabilisieren. In den Beitrittsländern wird der Anteil der Jugendlichen stark zurückgehen. Mit 13,4 % in 2010 werden die Beitrittsstaaten aber immer noch jünger sein als die Bundesrepublik Deutschland.

Wanderungen waren schon immer altersselektiv. Internationale Wanderungen werden besonders häufig von jungen Erwerbspersonen durchgeführt. Insofern bildet die Teilgruppe der jüngeren Menschen einen besseren Indikator für das künftige Wanderungspotenzial als die Gesamtbevölkerung. Alternde Bevölkerungen stellen aufgrund ihrer sich verändernden inneren Zusammensetzung ein schrumpfendes Wanderungspotenzial auch dann dar, wenn ihre Gesamtzahl in etwa stabil bleiben sollte. Im Falle der zehn osteuropäischen Beitrittsstaaten führt die Alterung zu einer überproportionalen Schwächung des Wanderungspotenzials. Die Zahl der Jugendlichen sinkt in den Jahren zwischen 2000 und 2010 von 16,6 Mio. auf 13,7 Mio. – ein Rückgang um über 17 %, während die Gesamtbevölkerung um lediglich 1,8 % abnehmen wird. Auf Polen entfallen ca. 40 % dieses Rückgangs der Jugendlichen, ihr Anteil fällt rapide aufgrund des starken Geburtenrückgangs der 1990er Jahre.

Fazit: Durch die EU-Osterweiterung vergrößert sich zwar die EU-Bevölkerung von derzeit 376 Mio. auf ca. 480 Mio. Personen. Diese Zunahme bedeutet jedoch kaum ei-

Tabelle 4

Demographische Indikatoren

Anteile in %, Geburtenziffern in Kindern je Frau, Lebenserwartung in Jahren

Land	Anteil der 15-24Jährigen		Zusammengesetzte Geburtenziffer		Lebenserwartung
	2000	2010	1995-2000	2015-2020	1995-2000
Osteuropäische EU-Beitrittsländer					
Polen	17,0	14,0	1,46	1,44	72,8
Rumänien	16,1	13,5	1,32	1,48	69,8
Tschechien	15,2	12,3	1,18	1,33	74,3
Ungarn	14,7	12,6	1,37	1,37	70,7
Bulgarien	14,6	12,6	1,14	1,30	70,8
Slowakei	17,1	14,1	1,40	1,37	72,8
Litauen	14,4	14,8	1,38	1,34	71,4
Lettland	14,3	14,3	1,12	1,33	69,6
Slowenien	14,6	11,5	1,24	1,26	75,0
Estland	15,0	13,5	1,29	1,43	70,0
Durchschnitt	15,9	13,4	1,35	1,41	71,8
Südosteuropäische Länder (Auswahl)					
Türkei	20,3	17,0	2,70	2,10	69,0
Jugoslawien	15,3	13,9	1,77	1,55	72,2
Afrikanische Mittelmeerländer					
Ägypten	20,3	20,0	3,40	2,10	66,3
Algerien	21,7	19,5	3,25	2,10	68,9
Marokko	20,6	18,8	3,40	2,10	66,6
Tunesien	21,1	18,3	2,31	2,10	69,5
Libyen	23,7	17,6	3,80	2,10	70,0
Durchschnitt	20,8	19,4	3,26	2,10	66,3
nachrichtlich:					
Deutschland	11,1	11,5	1,33	1,35	77,3

Quelle: United Nations World Population Prospects – The 2000 Revision; eigene Berechnungen

nen Gewinn an Bevölkerungsdynamik. Im Gegenteil signalisieren die Bevölkerungsprognosen für die osteuropäischen Staaten mittel- wie langfristig noch stärkere Bevölkerungsabnahmen als in Deutschland oder in der EU-15. Aufgrund ihrer demographischen Strukturen und auch wegen des starken ökonomischen Gefälles stellten die Beitrittsländer für die bisherigen EU-Länder zunächst ein bedeutsames Wanderungspotenzial dar, das sich allerdings – aus demographischen Gründen – wahrscheinlich rasch verringern wird. Das langfristig erwartete Problem der Arbeitskräfteknappheit der EU wird durch deren Osterweiterung nicht grundsätzlich gelöst. Wanderungen wären letzten Endes eine Umverteilung des Mangels innerhalb der dann größeren EU – es sei denn, die ökonomischen Disparitäten sind dann noch so hoch, dass einige Mitgliedstaaten Arbeitskräfteüberschüsse verzeichnen und diese auch abgeben.

... weitgehend dem Westen angenähert. Die Alterung ist dort schneller, wiewohl die Altersstruktur noch lange höhere Anteile an Jugendlichen zeigt.

Von den „großen Gastarbeiterländern“ bewahrt sich einzig die Türkei ein Bevölkerungswachstum. In der Nachbarschaft Europas wachsen afrikanische Bevölkerungen am schnellsten.

Türkei

Die Türkei verfügt über eine hohe demographische Eigendynamik, die allerdings in den letzten Jahren abflachte. Ursache ist die Entwicklung der Fertilität. Sie halbierte sich zwischen den 1960er und den 1990er Jahren. Sie liegt gleichwohl noch erheblich über dem Bestandserhaltungsniveau und ist fast doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt. Die Altersstruktur der türkischen Bevölkerung zeigt aktuell hohe Anteile der jungen, mobilen Kohorten. Etwa jede fünfte Person ist zwischen 15 und 24 Jahre alt, insgesamt ca. 13,5 Mio. Die UNO-Prognostiker unterstellen bis 2015 einen Rückgang der Fertilität auf das Bestandserhaltungsniveau. Die Zahl der jungen Menschen verringert sich dadurch in diesem Jahrzehnt um gut eine dreiviertel Million oder knapp 6 %; der Anteil sinkt auf 17 %. Dem steht ein Zuwachs der Gesamtbevölkerung von 8,5 Mio. oder fast 13 % gegenüber. Aufgrund der Alterung wird sich diese Dynamik nur unterproportional in Wanderungen niederschlagen. Ein Trendbruch ist allerdings nicht in Sicht. Langfristig, bis 2050, wächst die türkische Bevölkerung um knapp ein weiteres Drittel – im Gegensatz zu allen übrigen europäischen Staaten, die dann längst in die Schrumpfungsphase eingetreten sein werden.

Fazit: Trotz absinkenden Fertilitätsniveaus und relativer Alterung bewahrt sich die türkische Bevölkerung langfristig noch eine Dynamik, die das Potenzial für Abwanderungen Richtung Deutschland groß hält.

Jugoslawien-Nachfolgestaaten

In Jugoslawien war in den 1960er Jahren das Fertilitätsniveau ähnlich hoch wie in Deutschland. Es liegt jetzt etwas höher, allerdings ebenfalls eindeutig unterhalb der Bestandserhaltung. Als Konsequenz nimmt die Bevölkerung ab – langfristig um ein Sechstel, sogar stärker als in Deutschland. Kurzfristig verringert sich die Zahl der Jugendlichen bereits im laufenden Jahrzehnt besonders stark um über 18 %.

Fazit: Der demographische Wandel mit Bevölkerungsabnahme und Alterung hat Jugoslawien wie auch die anderen traditionellen Gastarbeiterländer längst erfasst. Die Zuwanderungen des letzten Jahrzehnts waren fast ausschließlich politisch motiviert; ein Abwanderungsdruck aufgrund der Bevölkerungsdynamik ist nach heutiger Einschätzung kaum je wieder zu erwarten.

Nordafrika

Die sechs nordafrikanischen Mittelmeerränderstaaten hatten 2000 zusammengekommen eine Bevölkerung von gut 143 Mio. Sie bilden somit ein wesentlich größeres Zuwanderungspotenzial als die osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten. 90 % der Menschen in den Maghreb-Staaten leben in Ägypten, Algerien oder Marokko. Die afrikanischen Mittelmeerländer verzeichneten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein kräftiges Bevölkerungswachstum von 9 bis 10 %. Zwischen den Staaten gab es (Ausnahme Tunesien) nur leichte Niveauunterschiede dieser Dynamik. In diesem Jahrzehnt wird das Bevölkerungswachstum fast ungebrochen fortschreiten, in den kleinen Staaten (Tunesien, Libyen) sich sogar steigern. Bis 2050 wird die Bevölkerung um weitere gut 40 % zunehmen auf dann knapp 240 Mio. Personen. Dies entspricht dann dem fast Dreifachen der Bevölkerung in den osteuropäischen Beitrittsländern.

Mittelfristig wird diese Dynamik von der Entwicklung der jüngeren Kohorten getragen. Während europaweit die Zahl der Jugendlichen abnimmt, wird in den nordafrikanischen Mittelmeerländern die Zahl der 15- bis 24jährigen Personen um 2,8 Mio. in nur zehn Jahren anwachsen. Die Dynamik konzentriert sich ausschließlich auf Ägypten (+ 15 %), Marokko (+ 8 %) und Algerien (+ 5,7 %). In Tunesien und Libyen ist aufgrund der fallenden Zahl der Jugendlichen dagegen ein Ende der demographischen Dynamik abzusehen. Insgesamt sinkt zwar in den Maghreb-Staaten der Anteil dieser Jugendlichen von knapp 21 % (2000) auf 19,4 % (2010), aber allein in Ägypten leben dann mehr 15- bis 24jährige als in allen EU-Beitrittsländern zusammen. Bedenkt man, dass die Prognoseannahme der UNO zum Rückgang der Fertilität in den nordafrikanischen Ländern recht mutig ist, dann muss man die demographische Dynamik und deren Auswirkungen auf künftige Wanderungsprozesse eher noch höher einschätzen.

Fazit: Am südlichen Rand des Mittelmeeres wächst ein Bevölkerungspotenzial heran, das an Größe und Dynamik die Bevölkerung Osteuropas weit übertreffen wird. Wenn auch

- die räumliche Distanz zu Europa bzw. zu Deutschland größer ist,
- die soziale und die kulturelle Verschiedenheit einer massenhaften Zuwanderung eher entgegenstehen,

□ die Zahl der bereits hier lebenden Nordafrikaner als Träger eines sozialen Netzes für die Integration weiterer Migranten noch relativ klein ist,

wird sich allein schon aus demographischen Gründen ein Zuwanderungsdruck auf die EU-Staaten aufbauen. Dabei ist anzunehmen, dass die Zuwanderung sich zunächst auf die südeuropäischen Länder richten und erst nach 2010 über Kettenmigration auch Deutschland erreichen wird.

Die Aufnahmepotenziale für Migranten in der Bundesrepublik Deutschland

Türken und Jugoslawen besitzen seit mehreren Jahrzehnten ein großes und intaktes kommunikatives und soziales Netzwerk, das den potenziellen Zuwanderern Informationen geben und den Zugewanderten Beistand leisten kann. Nennenswerte Wanderungsverflechtungen mit Osteuropa begannen dagegen erst nach Wegfall des Eisernen Vorhangs 1989. Ein Informationssystem über tatsächliche Migration, erfolgreiche Migranten, über existierende Probleme und Chancen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten (Fassmann und Münz 1996, S. 47) musste erst aufgebaut werden (Ausnahme: Polen). Insofern ist die Zahl der ausländischen Personen aus den Beitrittsländern noch gering. Es sind etwa 560 000 Personen, nicht einmal 8 % aller Ausländer. Der größere Teil, über 300 000 Personen, kommt aus Polen. Bereits weniger als 100 000 stammen aus Rumänien. Diese geringe Zahl lässt vermuten, dass die transnationalen sozialen Netze die Zuwanderungen aus diesen Staaten bisher nur mäßig begünstigen.

Noch dünner ist das soziale Netz der afrikanischen Mitbürger (vgl. Tab. 2). Allerdings machen die Menschen aus den nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten fast die Hälfte (46 %) aller Afrikaner aus, ca. 140 000 Personen. Am stärksten vertreten sind die Marokkaner (über 80 000); bezogen auf die Bevölkerung in Marokko sind das 2,7 %. Der relative Anteil der hier lebenden Tunesier ist ähnlich hoch. Weit unterrepräsentiert sind bisher die Ägypter. Bei einer Bevölkerung von rund 68 Mio. leben hier lediglich 14 000 Personen.

Die bisherige räumliche Verteilung der Migranten innerhalb Deutschlands

Wo werden Zuwandernde aus dem Ausland innerhalb Deutschlands voraussichtlich ihren neuen Wohnstandort finden?

Die ökonomischen Motive der Zuwanderung nach Deutschland werden auch wichtige Entscheidungskriterien für die Wohnstandortwahl innerhalb Deutschlands sein. Hinzu kommen in der Regel persönliche Bindungen der Zuziehenden an bereits hier lebende Bekannte oder Verwandte. Dies führte bereits in der Vergangenheit dazu, dass die räumliche Verteilung der hier lebenden Nationalitäten sehr verschiedene Muster aufweist.

Die räumlichen Präferenzen zeigen einige Regelmäßigkeiten:

□ Die Distanz zum Herkunftsland wird möglichst gering gehalten, um die Transportkosten bei Kontakten mit der alten Heimat zu minimieren. Analog zur „Besiedlung“ Deutschlands durch südeuropäische Gastarbeiter von Süden her wäre ein Diffusionsprozess von Osten her zu erwarten, wenn durch die Osterweiterung die Mobilität steigt. Dem steht allerdings derzeit das innerdeutsche ökonomische Gefälle entgegen. Dagegen ist eine Besiedlung durch nordafrikanische Migranten von Süden her durchaus plausibel.

□ Denn zum Zweiten bevorzugen Arbeitsmigranten eher Regionen mit prosperierender Wirtschaft, in diesem Falle also eher Westdeutschland und dort eher den Süden als die Mitte oder den Norden.

Für Zuwanderer aus den nordafrikanischen Staaten sind die Rahmenbedingungen zur Integration bisher relativ ungünstig. Allerdings zeigt die räumliche Verteilung der aufnehmenden Netzwerke das den Wanderungen gerecht werdende Muster.

Tabelle 5
Regionale Unterschiede der Ausländeranteile 1999

Raumkategorie	Westen	Osten
Agglomerationsräume	12,7	6,8
Kernstädte	16,8	10,4
Hochverdichtete Kreise	11,0	1,3
Verdichtete Kreise	7,5	1,8
Ländliche Kreise	5,8	2,2
Verstädterte Räume	7,9	1,8
Kernstädte	12,2	2,7
Verdichtete Kreise	7,8	1,4
Ländliche Kreise	5,7	1,6
Ländliche Räume	5,7	1,7
Ländliche Kreise höherer Dichte	6,3	1,8
Ländliche Kreise geringerer Dichte	4,2	1,6
Insgesamt	10,2	4,1

Zuwanderungen

- beschleunigen das Bevölkerungswachstum,
- verlangsamen den Alterungsprozess,
- verlangsamen den räumlichen Dekonzentrationsprozess.

☐ Arbeitsmigranten ergreifen Beschäftigungsmöglichkeiten überproportional häufig im Sektor des produzierenden Gewerbes. Ihre Standortwahl orientiert sich deshalb an dessen räumlicher Verteilung. Sie zeigt ein siedlungsstrukturelles Gefälle, konzentriert sich auf Agglomerationen. Dort ist der Ausländeranteil mehr als doppelt so hoch wie in den ländlichen Räumen. ☐ Innerhalb der Ballungsgebiete bevorzugen Zuwanderer die Kernstädte und weniger das Umland. Die Kernstädte haben somit in der Regel einen höheren Ausländeranteil als ihr Umland.

☐ die Altersstruktur, da die aus dem Ausland Zuwandernden in der Regel jünger sind als die Einheimischen;
☐ die räumliche Verteilung, da die Zuwandernden typische Wohnstandortpräferenzen haben, die von denen der Einheimischen abweichen. Insbesondere ausländische Zuwanderer bevorzugen die Agglomerationen, und dort wiederum die Kernstädte.

Sekundäre Effekte betreffen – indirekt über die durch Migranten verursachten Geburten und Sterbefälle – die Bevölkerungszahl. Aufgrund ihrer spezifischen Altersstruktur verzeichnen die in Deutschland lebenden Ausländer Geburtenüberschüsse, wiewohl auch deren Fertilitätsrate im Ganzen – aber nicht bei jeder Nationalität – unter dem Bestandserhaltungsniveau liegt.

Modellrechnungen zur räumlichen Inzidenz künftiger internationaler Wanderungen

Wie lässt sich dieses Wissen umsetzen in eine Abschätzung der Anzahl von Migranten und deren künftige regionale Verteilung?

Im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wurden zur Beantwortung dieser Fragen umfangreiche empirische Arbeiten geleistet. Mit dem BBR-Bevölkerungsprognosemodell wurden entsprechende Sensitivitätsanalysen und Modellrechnungen durchgeführt. Im vorliegenden Fall wurde nach den räumlichen Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf die Bevölkerungszahl gefragt. Zu diesem Zweck wurden zwei alternative Prognosevarianten gerechnet und miteinander verglichen. Beide Ergebnisse wurden gegeneinander gerechnet, der Differenz zwischen beiden Varianten galt die besondere Aufmerksamkeit. Sie wird als Indikator verstanden für das Ausmaß neu hinzukommender Integrationsaufgaben. Ein solcher Ansatz berücksichtigt nicht nur die unmittelbaren Wanderungen, sondern auch deren andere Effekte.

Die demographischen Auswirkungen der internationalen Wanderungen sind nämlich vielfältig und nicht auf den ersten Blick auszumachen. Bereits früher wurden mit Modellrechnungen insgesamt drei Effekte nachgewiesen (Bucher 1993):

Primäre Effekte von Wanderungen beziehen sich auf insgesamt drei demographische Tatbestände:

☐ die Bevölkerungszahl, sofern die internationale Wanderungsbilanz nicht ausgeglichen ist;

Tertiäre Effekte betreffen schließlich die räumliche Umverteilung der Bevölkerung durch Binnenwanderungen. Seit etwa 1987, mit dem Anstieg der Aussiedlerzahlen, gewann dieser Wanderungsstrom erheblich an Bedeutung, da ein großer Teil dieser Gruppe staatlich gelenkt über Aufnahmeeinrichtungen ins Land kommt, von dort nach einem Quotensystem auf die Bundesländer verteilt wird und erst dann an den eigentlichen Wohnort weiterzieht. Dadurch bildeten sich eigene Wanderungsmuster heraus, bei denen Regionen mit geringerer Verdichtung bevorzugt werden. In der aktuell gültigen Prognose rechnen wir allerdings damit, dass diese Aufnahmeeinrichtungen ihre Bedeutung für die Wanderungsströme in den nächsten Jahren verlieren werden.

Außenwanderungen haben somit drei verschiedene Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung :

- ☐ Die Dynamik der Bestandsveränderung beschleunigt sich.
- ☐ Der Alterungsprozess wird verlangsamt aufgrund der jüngeren Altersstruktur und der Geburtenüberschüsse von Migranten.
- ☐ Der räumliche Dekonzentrationsprozess wird abgeschwächt, da Migranten mit ihrem aktuellen Wohnstandortverhalten zu einer Verdichtung beitragen.

Die Referenzprognose

Ausgangspunkt ist die neue, aktuelle Raumordnungsprognose 2020. Sie umfasst ein ganzes Bündel von Annahmen, das die relevanten demographischen Verhaltens-

muster sowie schließlich die internationalen Zu- und Abwanderungen betrifft. Die Annahmen bis zum Jahr 2020 lassen sich wie folgt charakterisieren:

- In Westdeutschland bleibt die Fertilität weitgehend stabil; in Ostdeutschland steigt sie, nach dem historischen Einbruch, wieder an.
- Die Lebenserwartung steigt weiter, in Ostdeutschland etwas schneller, so dass sich die Lücke weiter verringert. Die Übersterblichkeit der Männer bleibt erhalten.
- Binnenwanderungen unterstützen in Westdeutschland groß- wie kleinräumige Dekonzentrations-tendenzen, d.h. geringer verdichtete Regionen haben Wanderungsgewinne, hochverdichtete Regionen dagegen Wanderungsverluste. In Ostdeutschland etabliert sich kleinräumig nunmehr ebenfalls ein Suburbanisierungsprozess; großräumige Dekonzentration zugunsten der ländlichen Räume wird dort jedoch noch nicht erwartet.
- Die Außenwanderungen verlaufen gegenüber den frühen 1990er Jahren auf deutlich reduziertem, gleichwohl noch mittlerem Niveau.

Die Annahmen der drei Bereiche Fertilität, Mortalität und Binnenmobilität stützen sich auf Zeitreihenanalysen der Vergangenheit. Es wurde versucht, zwischen der Vergangenheit und der Zukunft zeitliche Analogieschlüsse zu ziehen. Die Bereiche der natürlichen Bewegungen und der Binnenwanderungen zeigten in der jüngsten Vergangenheit auch eine so starke Kontinuität, dass ein solches Verfahren gut vertretbar ist.

Anders die internationalen Wanderungen. Dort wurden im letzten Jahrzehnt stabile Trends mit erklärbaren Ursachen mehrfach überlagert von singulären Ereignissen wie dem Fall der Mauer oder politischen Spannungen mit kriegerischen Handlungen, die dann Fluchtbewegungen auslösten. Solche Entwicklungen lassen sich selbstredend nicht prognostizieren, wiewohl sie einen starken Einfluss auf die Bevölkerungsdynamik in Deutschland haben können. Auch für die Zukunft bergen bereits Sonderentwicklungen wie die EU-Osterweiterung die Ursache von Strukturbrüchen und Diskontinuitäten in sich. Kriegs- und Krisenereignisse, wie wenig man sie sich wünscht, werden ebenfalls ihren Beitrag zur Zuwanderung leisten.

In Zeiten des Wandels sind andere Prognosemethoden gefragt als Zeitreihenanalysen.

Expertendiskussionen und Delphi-Runden trugen wesentlich zur Annahmensetzung für die BBR-Prognose im Bereich internationale Wanderungen bei. Die wichtigsten Diskussionsgremien zur Eingrenzung des Spektrums künftiger Wanderungen waren

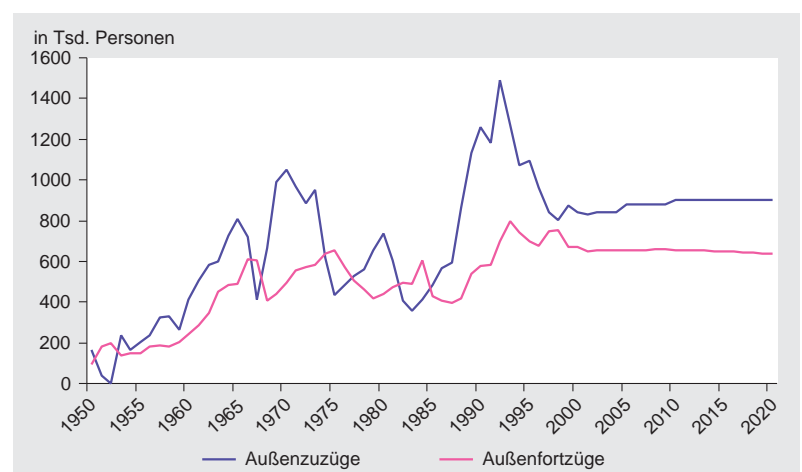
- der Prognostikerkreis für die neunte koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung der amtlichen Statistik,
- der interministerielle Arbeitskreis „Bevölkerungsfragen“ beim Bundesminister des Innern, der seinerseits die Annahmen für die Prognosen der Bundesregierung festlegt,
- Arbeitskontakte zwischen dem BBR und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, bei denen gemeinsame Annahmen für die aktuellen Prognosen der beiden Institute getroffen wurden.

Während alle anderen Prognostiker die Unsicherheit durch das Angebot mehrerer Varianten berücksichtigten, beschränkten wir uns in Anbetracht des hohen räumlichen Differenzierungsgrades der BBR-Prognose auf lediglich eine Variante der Außenwanderungen. Analytische Berechnungen im Szenarienmodell des DIW hatten zuvor sichergestellt, dass das gewählte Wandervolumen auch ökonomisch – in die Arbeitsmärkte – integrierbar wäre.

Die Nettowanderungen entsprechen in etwa der mittleren von drei Varianten, die durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) für das Bundesinnenministerium gerechnet wurden. Im BBR-Modell werden allerdings die Bruttoströme verwendet. Bei jährlichen Zuzügen von durchschnittlich 880 000 und Fortzügen von

Sensitivitätsanalysen zur Wirkung der Außenwanderungen vergleichen den Entwicklungspfad einer fiktiven „geschlossenen Gesellschaft“ mit der Raumordnungsprognose 2020.

Abbildung 1
Internationale Wanderungsbeziehungen Deutschlands



Quellen: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland; eigene Berechnungen; Annahmen zur BBR-Bevölkerungsprognose 1999–2020 / Kreise

Tabelle 6
BBR-Bevölkerungsprognose im Ost-West-Vergleich
 Personen in 1 000

	West	Ost	Bund
Bevölkerung 2000	64 878	17 266	82 144
Geburten 2001–2020	10 728	2 703	13 431
Sterbefälle 2001–2020	14 764	4 091	18 855
<i>natürlicher Saldo 2001–2020</i>	<i>-4 037</i>	<i>-1 387</i>	<i>-5 424</i>
Aussenzuzüge 2001–2020	14 569	3 091	17 660
Aussenfortzüge 2001–2020	11 119	1 905	13 023
<i>Aussenwanderungssaldo 2001–2020</i>	<i>3 450</i>	<i>1 187</i>	<i>4 637</i>
Binnenzuzüge 2001–2020	44 592	10 104	54 696
Binnenfortzüge 2001–2020	44 377	10 319	54 696
<i>Binnenwanderungssaldo 2001–2020</i>	<i>215</i>	<i>-215</i>	<i>0</i>
<i>Gesamtwanderungssaldo 2001–2020</i>	<i>3 665</i>	<i>972</i>	<i>4 637</i>
Bevölkerung 2020	64 507	16 850	81 357
Differenz 2000/2020	-371	-416	-787
Veränderung 2000/2020 in %	-0,57	-2,41	-0,9

Quelle: BBR-Bevölkerungsprognose 1999–2020 / Kreise

knapp 650 000 ergeben sich jährliche Nettowanderungsgewinne von 232 000. In den Jahren 2001–2020 ergibt dies ein Wanderungsvolumen von gut 30 Mio. Personen, nur wenig geringer als das Volumen der natürlichen Bewegungen (vgl. Tab. 6, letzte Spalte).

Der Vergleich mit der Nullvariante

Durch Zuwanderungen wird auch erhebliche Bevölkerungsdynamik importiert: Die Zugewanderten verzeichnen Geburtenüberschüsse, die das Geburtendefizit der Einheimischen verringern.

Will man Veränderungen eines Systems auf genau eine Ursache zurückführen, dann muss man die Systemvariable eben dieser Ursache verändern und alle anderen Variablen unverändert lassen. Die zweite Prognosevariante folgt genau diesem Ceteris-paribus-Prinzip. Lediglich die Annahmen zur Außenwanderung werden variiert, die Annahmen zur Fertilität, zur Mortalität und zur Binnenmobilität bleiben identisch.

In der Nullvariante finden internationale Wanderungen nicht statt. Die Bruttoströme (Zuzüge, Fortzüge) zeigen nicht nur eine gerade ausgeglichene Bilanz (Nettowanderungen von Null); Wanderungen über die Grenzen Deutschlands sind vielmehr völlig ausgeschaltet. Dieses Modell einer geschlossenen Gesellschaft zeigt somit zusätzlich zum Niveaueffekt ausgebliebener Wanderungen die beschleunigte Alterung der ansässigen Bevölkerung, den höheren Sterbeüberschuss der Deutschen, eine schnellere Entleerung der Städte sowie eine

insgesamt relativ stärkere räumliche De-konzentration der Bevölkerung.

Der Gesamteffekt der Wanderungen lässt sich durch den Vergleich des Bevölkerungsbestandes aus der Referenzprognose und der Nullvariante ermitteln. Wenn bei der BBR-Prognose bis 2020 ca. 17,6 Mio. Menschen nach Deutschland ziehen, im selben Zeitraum 13 Mio. das Land verlassen, dann kumuliert über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten ein Wanderungsgewinn von 4,6 Mio. Personen. Unter diesen Annahmen hätte Deutschland am Jahresende 2020 ca. 81,36 Mio. Einwohner, ohne Außenwanderungen eine Bevölkerung von nur noch 75,56 Mio. Dies macht eine Bestandsdifferenz von knapp 5,8 Mio. Personen.

Da der Wanderungssaldo 4,6 Mio. beträgt, muss die Differenz zwischen Wanderungssaldo und Bestandsveränderung von knapp 1,2 Mio. Personen auf die demographische Dynamik der Wandernden während des Prognosezeitraums zurückzuführen sein. Aufgrund der günstigen Altersstruktur haben Migranten Geburtenüberschüsse, leisten somit einen zusätzlichen Beitrag zur Bevölkerungsdynamik – wiewohl ihre Fertilitätsrate ebenfalls unter dem langfristigen Bestandserhaltungsniveau liegt. Bei einem Wanderungsgewinn von 4,6 Mio. Personen ist dies immerhin ein Sekundäreffekt von rund einem Viertel des Primäreffekts der reinen Wanderungsgewinne. Die internationalen Wanderungen erzeugen somit wie auch immer geartete Integrationsaufgaben für 5,8 Mio. Personen im Jahr 2020.

Die Zahl der zu integrierenden zusätzlichen Zuwanderer wächst über die Jahre langsam an, trifft dabei auf eine sich vermindernde ansässige Bevölkerung. Abbildung 2 macht deutlich, dass ohne Wanderungen die Bevölkerung gegenüber 2000 um rd. 8 % abnehmen würde, mit Wanderungen dagegen nur um weniger als 1 %. Wanderungen wirken somit unter planerischen Aspekten stabilisierend im quantitativen Sinn, während qualitativ gewisse Umstrukturierungen zu erwarten sind: Den zusätzlichen Aufgaben der Integration stehen sinkende Bedarfe aufgrund des Bevölkerungsrückgangs gegenüber. Dies tritt am schnellsten ein und wird besonders deutlich im Bildungsreich.

Außenwanderung und Bildungssystem

Die Zahl der Schulpflichtigen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I würde ohne Außenwanderungen in 20 Jahren um ein Drittel abnehmen, mit Wanderungen jedoch „nur“ um ein Viertel. In absoluten Zahlen: Knapp 9 Mio. Personen waren im Jahr 2000 zwischen sechs und 15 Jahre alt; ihre Zahl nähme ohne Wanderungen um 2,75 Mio., mit Wanderungen um ca. 1,9 Mio. ab. Eine ähnliche Tendenz betrifft die Altersgruppe, die im Bildungssystem die Sekundarstufe II besucht oder eine berufliche Ausbildung absolviert. Dort säne ohne Wanderungen die Bevölkerungszahl um rd. 28 %, ansonsten um 19 %.

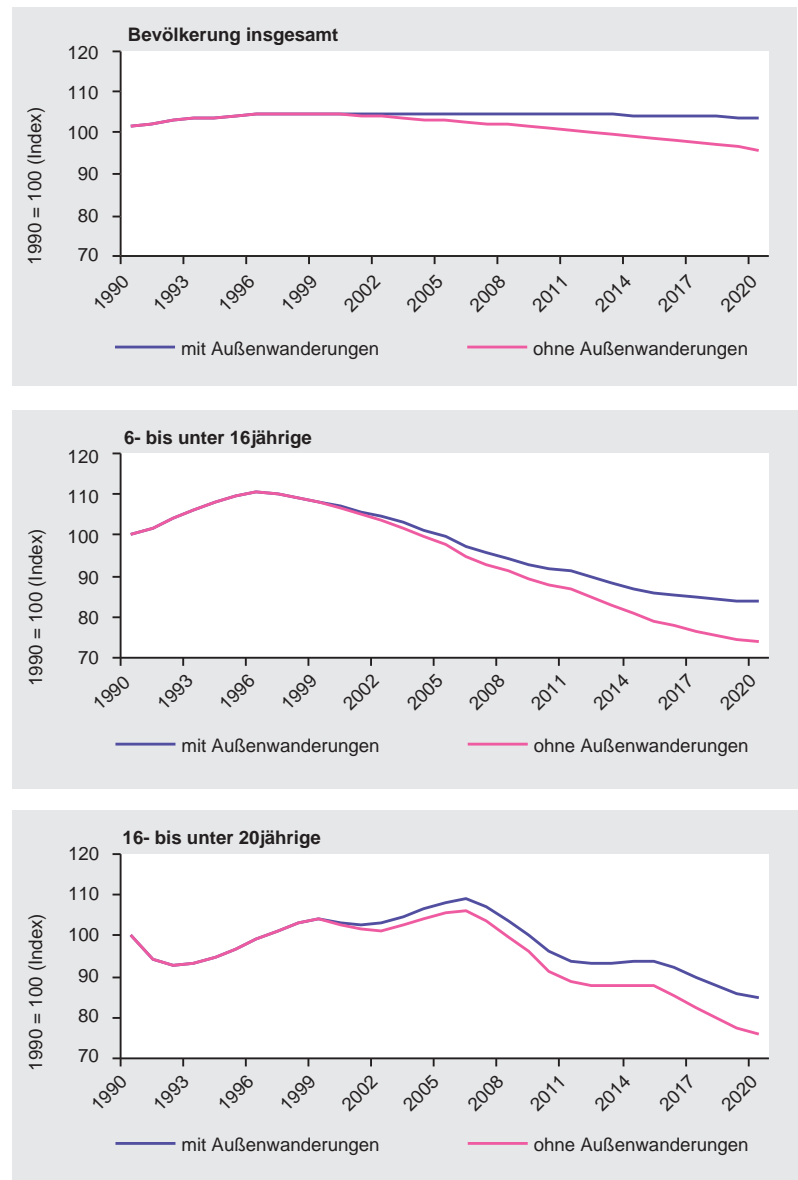
Im Bildungssystem treffen somit zwei Trends aufeinander. Die starke Abnahme der Personen, die das Bildungssystem durchlaufen, setzt Kapazitäten beim personellen und sachlichen Infrastrukturangebot frei. Andererseits erfordert die Ausbildung von Zuwanderern und ihren Abkömmlingen zusätzlichen und anderen Einsatz von Ausbildung. Beide Effekte kann man heute kaum gegeneinander rechnen. In gewissem Umfang könnte jedoch die Deckung des Integrationsneubedarfs durch Umwidmung freigesetzter und zusätzlich qualifizierter Kapazitäten erreicht werden. Dies eröffnet die Chance zur Verstetigung der öffentlichen Infrastrukturplanung.

Berufliche Bildung

Der sektorale Wandel der Wirtschaft stellt eine bedeutende Rahmenbedingung für die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt dar. Arbeitsplätze im produzierenden Bereich werden weiter abnehmen, die Bedeutung der Dienstleistungsbereiche für die Beschäftigung wird weiter zunehmen. Damit einhergehend werden produktionsorientierte Tätigkeiten (mit eher geringeren Qualifikationsanforderungen) weiter zurückgehen. Der Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitskräften wird daher sinken.

Von den hier lebenden Ausländern sind erheblich mehr höher qualifiziert als früher, haben vergleichbare berufsbezogene Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse. Andererseits verbleiben einige Gruppen in unterdurchschnittlichen Qualifikationen und unsicherem Beschäftigungsstatus. Etwa ein Viertel der ausländischen Schülerinnen und Schüler von heute wird in einigen Jahren voraussichtlich immer noch weniger qualifiziert als ihre deutschen Mitschüle-

Abbildung 2
Bevölkerungszahl mit und ohne Außenwanderungen



Quelle: Modellrechnungen des BBR

rinnen und Mitschüler das Bildungssystem verlassen und dann Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle bzw. einen Arbeitsplatz zu finden. Dies erfordert zusätzliche Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen für diese Gruppe und durch diese Gruppe der Jugendlichen selbst (Enquete-Kommission, S. 120 f.).

Durch die künftigen Zuwanderungen erfahren die Schüler und die Gruppe der in den Arbeitsmarkt zu Integrierenden einen beträchtlichen Zuwachs. In den nächsten zwei Jahrzehnten werden diese Jahrgänge laufend anwachsen; ihre Zusammensetzung wird sich bezüglich ihres Wanderungshintergrunds auch verändern. Insofern wird sie auch recht heterogen sein

Außenwanderungen mildern das Problem der Kapazitätsfreisetzungen im Bildungssystem.

An der zugewanderten Jugend werden die Regionen sehr unterschiedlich partizipieren.

bezüglich der Integrationsaufgaben. Diese Personen können

- ☐ in diesem Alter gerade eingewandert sein,
- ☐ in jüngeren Jahren eingewandert und in diese Altersgruppe hineingelert sein oder
- ☐ in Deutschland geboren sein als Kinder von Migranten, die während der ersten Jahre des Prognosezeitraums zugezogen sind.

Die bisherige Aufenthaltsdauer dieser Personen kann also fast die gesamten zwanzig hier betrachteten Jahre abdecken, weswegen Art und Intensität des Integrationsbedarfs ohne zusätzliche Informationen schwer abzuschätzen sind.

Für das Jahresende 2020 ergeben die bis dahin durchgeführten Wanderungen und deren Sekundäreffekte folgende Ergebnisse: Internationale Wanderungen der skizzierten Größenordnungen bewirken eine Kompensation des Rückgangs der Bildungsbilanz um bis zu ca. 840 000 Sechsbisunter 16jährige. Davon werden ca. 675 000 oder rd. 80 % im Westen ansässig sein, mehr als die Hälfte davon in Agglomerationen und davon wiederum 80 % in den Kernstädten oder den hochverdichteten Umlandkreisen. Die verdichteten Kreise in verstäderten Räumen werden ebenfalls einen erheblichen Anteil erhalten. Dies entspricht aber in etwa dem Bevölkerungsanteil und wird auch von dem jüngeren Trend getragen, wonach Migranten nunmehr auch in Regionen geringerer Dichte ziehen.

Im Osten werden gut 160 000 den dortigen Verlust an Jugendlichen etwas abmildern, davon allein 70 000 in Kernstädten der Agglomerationen, vermutlich vorwiegend in Berlin.

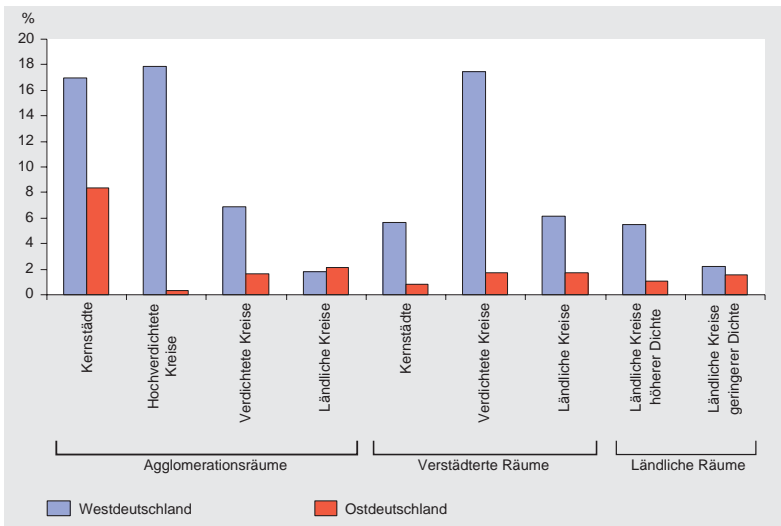
Die 16- bis unter 20jährigen umfassen derzeit ca. 3,7 Mio. Personen. Ihre Zahl nimmt in den nächsten Jahren bis etwa 2007 zunächst noch zu, dann aber in auffälligen Wellenbewegungen ab – ohne Wanderungen auf ca. 2,7 Mio., mit Wanderungen auf rd. 3 Mio. Personen. Die Bestandsdifferenz aufgrund der Außenwanderungen beträgt im Jahr 2020 ca. 328 000 Personen.

Die räumliche Verteilung dieser Gruppe ist sehr markant

☐ zugunsten Westdeutschlands. Dort werden 264 000 oder 80 % dieser Jugendlichen leben.

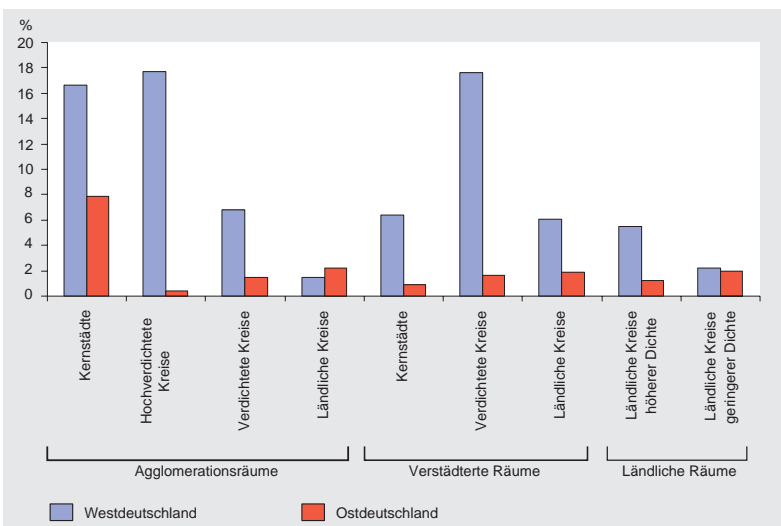
☐ zugunsten der beiden Kernstadtkategorien und deren hochverdichtetem bzw. verdichtetem Umland. Im Westen konzentrieren sich über 190 000 dieser Jugendlichen auf jene vier siedlungsstrukturellen Kreistypen. In den neuen Ländern entfallen ca. 45 % auf die Kernstädte und – wegen der Besonderheit der dortigen Siedlungsstruktur – etwa 20 % auf ländliche Kreise im Umland von Kernstädten, die jedoch zumeist in deren unmittelbarer Nähe liegen. Große Teile von Ostdeutschland erfahren eine Bevölkerungsentwicklung, die von der Zuwanderung weitgehend unberührt bleibt.

Abbildung 3 Regionale Anteile der Wanderungseffekte auf die Zahl der 6- bis unter 16jährigen bis 2020



Quelle: Modellrechnungen des BBR

Abbildung 4 Regionale Anteile der Wanderungseffekte auf die Zahl der 16- bis unter 20jährigen bis 2020



Quelle: Modellrechnungen des BBR

Die Wanderungen und ihre Sekundäreffekte auf die räumliche Bevölkerungsverteilung in der Bundesrepublik Deutschland

Künftige Zuwanderer zeigen eine sehr markante räumliche Verteilung. Diese ergibt sich durch Überlagerung gleich mehrerer Gefälle. Eines verläuft entlang der Siedlungsstruktur mit hoher Bevölkerungsdynamik in den Agglomerationen und geringen Auswirkungen in den ländlich geprägten Regionen. Ein zweites, geographisches Gefälle verläuft von West nach Ost, wobei die „Rheinschiene“ eine starke Achse hoher Dynamik bildet. Einen Sonderfall bildet Berlin, wo fast 10 % dieser Personen leben werden. Auf die vier Regionen Berlin, Rhein-Main, München und Dortmund konzentrieren sich bereits mehr als 20 % aller Bestandsveränderungen. Auf der anderen Seite gibt es mehr als 30 Regionen, auf die zusammengenommen lediglich 10 % des Bevölkerungszuwachses entfallen. Nicht allein der Osten, auch große Teile von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, selbst von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern werden durch die Außenwanderungen eine nur unterdurchschnittliche Dynamik erfahren.

Eine solche ungleiche räumliche Verteilung künftiger Integrationsaufgaben birgt mehrere Herausforderungen:

☐ *Solidarität und Sozialverträglichkeit.* Integration ist eine allgemeine Aufgabe, deren Lösung sich im Lebensraum der Zugewanderten vollziehen muss. In die Pflicht genommen sind letztlich alle Personen, die an diesem Lebensraum teilhaben. Die Aufgabe zeigt zwar eine hohe räumliche Konzentration, sie verteilt sich jedoch zugleich auf viele Schultern, da es sich in der Regel um hochverdichtete Räume handelt. Erleichternd kommt hinzu, dass diese Regionen zumeist eine Geschichte der Einwanderung bereits hinter sich haben. Die Aufnahmebevölkerung besitzt so die Kompetenz für die Aufnahme und Integration von Migranten.

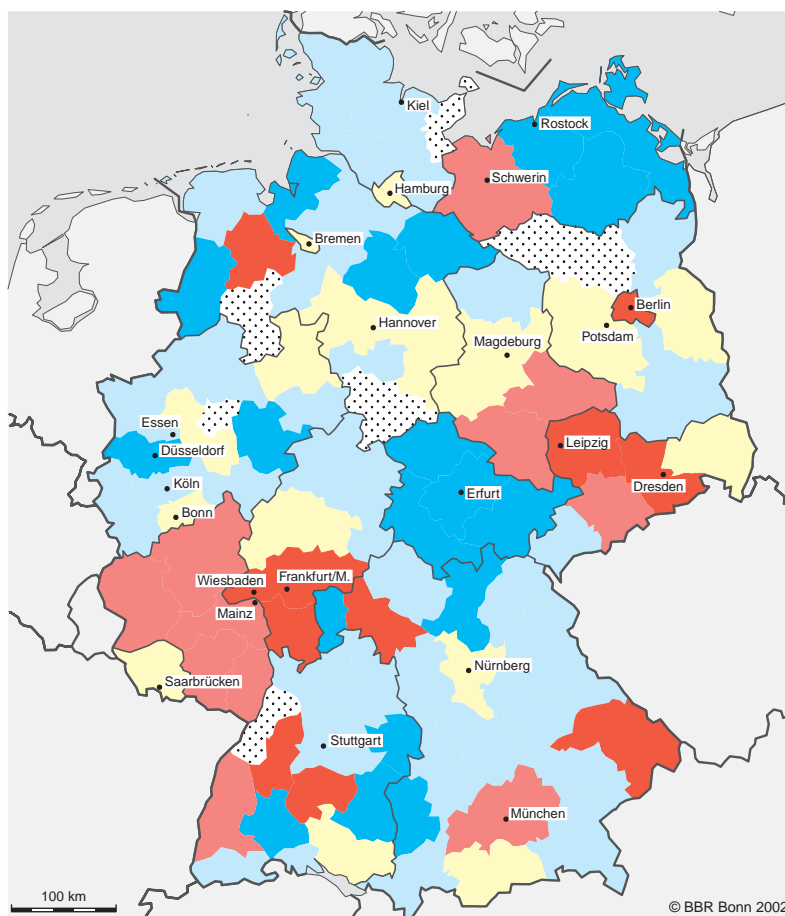
☐ *Planungsgenauigkeit und Raumverträglichkeit.* Aus heutiger Sicht werden die Migranten vorzugsweise in Regionen siedeln, die bereits dicht besiedelt sind. Wie sehr auch die Integration gesamt-räumlich eine bedeutsame Aufgabe darstellt, die Einschränkungen nur in sehr schwerwiegenden Fällen erfahren sollte, so ist deren räumliche Ausdifferenzierung doch zu hin-

terfragen. Zumindest sollten die Integration und die Raumplanung keine konkurrierenden Ziele anstreben. Die Bereitstellung von Infrastruktur zur Integration neuer Migranten könnte durchaus so angelegt werden, dass ihr eine Lenkungs-funktion bei der Ansiedlung von Migranten zukommt.

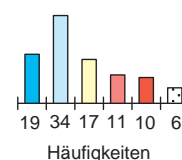
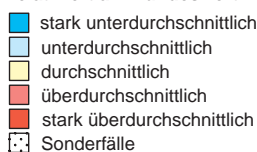
Fazit: Viele der erwarteten Zuwanderungen drängen in wenige bereits prosperierende Regionen des Westens resp. Südens. Große Teile der Bundesrepublik werden dagegen von Zuwanderungen – im Guten wie im Schlechten – kaum tangiert. Das räumliche Wohlstandsgefälle wird durch die Zuwanderungen tendenziell verschärft. Regionen mit Entleerungstendenzen dürfen kaum hoffen, mit nennenswerter Zuwanderung aus Osteuropa ihre Probleme lösen zu können. Im Wettbewerb um junge Arbeitskräf-

Integration als eine Gemeinschaftsaufgabe zeigt große regionale Disparitäten.

Karte 1
Betroffenheit durch Zuwanderungen bis 2020



Effekte der Wanderungen auf die Bevölkerungsdynamik 2000-2020, relativiert am Bundeswert



Quelle: BBR-Bevölkerungsprognose 1999-2020 / Kreise

te werden die schon starken Regionen noch stärker. Sie handeln sich dafür andere Probleme ökologischer Art ein. Die hier ausgewiesenen westdeutschen Regionen mit hoher Zuwanderungsintensität erleben seit langem schon auch den höchsten Siedlungsdruck. Wiewohl die Zuwanderung auf gesamt-räumlicher Ebene und in ökonomischer Sicht langfristig nicht nur als nützlich bis dringend notwendig einzuschätzen ist, zeigt deren erwartete räumliche Ausprägung ein problematisches Muster.

Jenseits dieser Besonderheiten bleibt festzuhalten: Die unterproportionale Teilhabe der neuen Länder und deren ländlicher Regionen an den internationalen Wanderungsgewinnen beschleunigt die Ost-West-Verschiebung der Bevölkerung noch zusätzlich. Innerhalb des Westens wird die schon seit Jahrzehnten laufende Nord-Süd-Verschiebung begünstigt. Mit Ausnahme von Baden-Württemberg, das auch in Re-

gionen geringerer Verdichtung Anteile gewinnt, sind in den drei anderen Ländern des Südens (Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern) vornehmlich verdichtete Regionen die Ziele der Zuwanderung. Dadurch wird der ansonsten laufende Dekonzentrationsprozess der Bevölkerung abgeschwächt oder zumindest verlangsamt.

Nach heutigen Erkenntnissen, und dies belegen auch die hier vorgelegten Modellrechnungen, sind internationale Wanderungen und aus ihnen resultierende Integrationsaufgaben zwar ein gesamt-räumliches Phänomen, das sich allerdings auf wenige Teilräume konzentriert und somit die Aufgaben „vor Ort“ sehr ungleich verteilt. Integration betrifft unmittelbar die Städte, die Agglomerationen mehr als die ländlichen Räume, Süddeutschland eher als den Rest der Republik. Integration muss gleichwohl ein Bestreben aller sein, sie wird zum Prüfstein der Solidarität werden.

Literatur

- Alecke, Björn; Untiedt, Gerhard (2001): Migration aus den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechien in die Europäische Union. Potential und regionale Verteilung. Dresden. = ifo Dresden Studien 28/II, Teilprojekt D 6
- Bauer, Thomas K.; Zimmermann, Klaus. F. (1999): Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. Bonn. = IZA Research Report 3
- Bucher, Hansjörg (1993): Die Außenwanderungsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Beitrag zur künftigen Bevölkerungsentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung, 51. Jg., H. 5, S. 254-264
- Bucher, Hansjörg; Kocks, Martina (1999): Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Inform. z. Raumentwickl., H. 11/12, S. 755-772
- Bucher, Hansjörg (2001): Verflechtungsmuster der Binnenmigration nach der deutschen Einigung. In: Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) der Universität Bielefeld (Hrsg.): Materialien, Bd. 48 (in Vorbereitung)
- Demel, Katharina; Profazi, Manfred (1998): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in die Europäische Union unter besonderer Berücksichtigung Österreichs. Bestandsaufnahme und Auswertung themenspezifischer Literatur. Wien
- Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“: Schlussbericht. = Bundestags-Drucks. 14/8800 v. 28.03.2002 [siehe auch Auszug im Anhang zu diesem Heft]
- Eurostat (Hrsg.) (2001): Die demographischen Folgen der Aufnahme von zwölf Beitrittsländern für die EU. Luxemburg. = Statistik kurz gefasst, Thema 3 – 12/2001
- Faßmann, Heinz; Münz, Rainer (Hrsg.) (1996): Migration in Europa. Frankfurt a. M., New York
- Faßmann, Heinz; Münz, Rainer (Hrsg.) (2000): Ost-West-Wanderung in Europa. Wien, Köln, Weimar
- Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 20.6.2002. In: Bundesgesetzblatt, Jg. 2002, Teil I Nr. 38 [siehe auch Auszug im Anhang zu diesem Heft]
- Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf (1997): Zuwanderung nach Deutschland. Frankfurt a. M., New York
- Opitz, P. J. (1995): Migration – eine Ursache wachsender Instabilität. In: Informationen zur politischen Bildung 246, Internationale Beziehungen II
- Pallaske, Christoph (Hrsg.) (2001): Die Migration von Polen nach Deutschland. Baden-Baden
- Schulz, Erika (1999): Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Modellrechnungen bis 2050. In: DIW-Wochenbericht 42/99
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“: Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Bericht der Kommission, Zusammenfassung [siehe auch Auszug im Anhang zu diesem Heft]
- United Nations (Ed.) (2001): World Population Prospects – The 2000 Revision. Vol. I: Comprehensive Tables. New York